

1700 – 2000: 300 Jahre Gelehrten-Sozietät

# LEIBNIZ INTERN



Mitteilungen der Leibniz-Sozietät e.V.

Nr.1 / 6.Februar 2000

## Inhalt:

1. Internet-Seite der Leibniz-Sozietät ab Mitte Februar
2. Preiss Ausschreiben der Leibniz-Sozietät zum 300. Jubiläum – S. 2 -
3. Bericht des Vorstands an die Geschäftssitzung des Plenums der Leibniz-Sozietät am 20. Januar 2000 - S. 3 -
4. Leseprobe: *Üb immer Treu und Redlichkeit*. Wie die Berliner Landesregierung 1992 mit dem Vermögen der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR umging. Von Jakob Wegelin.  
Junge Welt vom 31. Januar 2000. (s.a. <http://www.jungewelt.de/2000/01-31/015.shtml>) -S. 7-
5. Historische Logik auf Seiten der Leibniz-Sozietät. Leserbrief von Herbert Wöltge in der F.A.Z. am 24. Januar 2000 - S. 10 -

## 1. Internet-Seite der Leibniz-Sozietät

Ab Mitte Februar wird die Homepage der Leibniz-Sozietät ins Internet gestellt. Sie ist erreichbar über: <http://www2.hu-berlin.de/leibniz-sozietaet> . Wir streben an, später eine benutzerfreundlicherer Adresse einzurichten, etwa: <http://www.leibniz-sozietaet.de> .

Die Seite enthält

- aktuelle Mitteilungen und Informationen aus dem Leben der Leibniz-Sozietät
- das Programm der kommenden wissenschaftlichen Veranstaltungen,
- Hinweise auf die nächsten Veröffentlichungen der Sitzungsberichte und Abhandlungen
- die Veranstaltungen der Leibniz-Sozietät ab 1992
- Inhalt der bisher erschienenen Sitzungsberichte und Abhandlungen
- Beiträge zur Geschichte der Leibniz-Sozietät
- Aufbau und Struktur der Leibniz-Sozietät, Vorstand, Klassen, Arbeitsgruppen und Kommissionen, organisatorische Angaben, Anschriften
- Mitgliederliste
- Information über die Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät

Vorgesehen ist eine Rubrik *Debatte* .

Mitglieder und Freunde der Leibniz-Sozietät sowie andere Interessenten, die den Wunsch haben, auf ihre Veröffentlichungen hinzuweisen, eine Bibliographie anzugeben, wissenschaftliche oder andere Mitteilungen zu machen sowie Probleme zur Diskussion zu stellen, wenden sich bitte an den Redakteur der Seite, unser Mitglied Hrn. Wolfdietrich Hartung (Anschrift s. am Ende dieser Seite)

Die Seite wurde vorbereitet von Wolfgang Eichhorn, Conrad Grau, Wolfdietrich Hartung, Klaus-Peter Steiger und Herbert Wöltge.

## 2. Preisausschreiben der Leibniz-Sozietät anlässlich des 300-jährigen Bestehens der Leibnizschen Gelehrten-gesellschaft

Im Jahr 2000 jährt sich zum 300. Mal die Gründung der preußischen „Societät der Wissenschaften“ (später „Akademie der Wissenschaften“), an der Gottfried Wilhelm Leibniz maßgeblichen Anteil hatte. Die **Leibniz-Sozietät** verleiht zu diesem Anlass einen

PREIS FÜR GEISTESWISSENSCHAFTEN  
ANLÄSSLICH DES 300. JAHRESTAGES DER LEIBNIZSCHEN  
AKADEMIEGRÜNDUNG.

Stifterin des Preises in Höhe von 5000 DM ist Frau **Silvia Markun-Holz (Schweiz)**.

Mit dem Preis soll eine schriftlich einzureichende Arbeit einer Wissenschaftlerin/eines Wissenschaftlers im Alter von bis zu 40 Jahren ausgezeichnet werden. Die Arbeit kann bereits (in jüngster Zeit) publiziert sein, sie sollte verteidigt sein und in jedem Fall der Leibnizschen Tradition des Denkens nahe stehen. Leibniz' Interesse galt in besonderem Maße der methodischen und philosophischen Begründung der zeitgenössischen wissenschaftlichen Studien, von der Philosophie über die Rechtswissenschaft und Geschichte bis zur Mathematik und Sprachwissenschaft. In diesem Sinne ist eine Arbeit gefragt, die disziplinüberschreitend solche Probleme behandelt, die die geistige Kultur unserer Zeit bewegen.

Die Arbeit ist bis zum

**15. Mai 2000**

bei der **Leibniz-Sozietät** einzureichen.

Über die öffentliche Vergabe des Preises zum Leibniz-Tag am 29.6.2000 entscheidet eine vom Vorstand der Leibniz-Sozietät eingerichtete Jury.

Leibniz-Sozietät e.V., der Vorstand

### 3 . Bericht des Vorstands an das Plenum der Leibniz-Sozietät

(erteilt vom Schatzmeister Wolfgang Eichhorn in der Jahresgeschäftssitzung am 20. Januar 2000)

Es ist für uns schon fast zur Selbstverständlichkeit geworden, daß die wissenschaftlichen Aktivitäten der Sozietät planmäßig und systematisch fortgesetzt wurden. Wir hatten je 10 Veranstaltungen des Plenums und der beiden Klassen. Hinzu kamen die Kolloquien über das "lange 19. Jahrhundert" und über das Jahrhundert des Kindes. Beide führten Forscher aus Ost und West zusammen. Die Vorträge und Diskussionen waren Grundfragen bzw. Grundlagenfragen wie auch Frontproblemen der Wissenschaftsentwicklung gewidmet, und/oder sie dienten der wissenschaftlich fundierten Aufbereitung der Geschichte, speziell der Wissenschafts-, Kultur- und Geistesgeschichte, für heutiges Nachdenken über Entwicklungsperspektiven.

Der Vorstand trat regelmäßig zusammen. Seine Beratungen beschäftigten sich mit der laufenden Arbeit der Sozietät, mit dem Stand der Finanzen (auf jeder Sitzung) und dem Stand der Arbeit an den "Sitzungsberichten" und den "Abhandlungen". Es ist uns in diesem Jahr gelungen – wenn auch noch lange nicht zur vollen Zufriedenheit –, die Arbeit im Vorstand zielstrebig zu gestalten und auch auf breitere Schultern zu verlagern.

Das Redaktionskollegium hat seine verlässliche Arbeit fortgesetzt. 1999 sind 8 Bände der "Sitzungsberichte" erschienen, 7 weitere befinden sich beim Verlag. Im Vorjahresbericht drückten wir die Hoffnung aus, daß wir 1999 mit den "Abhandlungen" eine weitere Publikationsmöglichkeit erschließen werden. Das ist geschehen. Es ist Bd. 1 mit 2 Halbbänden (dem Wirken Ernst Engelbergs gewidmet) und der Band über das verdrängte Jahr 1992 erschienen. Besondere Verdienste erwarben sich dabei Wolfgang Küttler, Herbert Wöltge und Conrad Grau (der im Redaktionskollegium die "Abhandlungen" betreut). Viel Zeit hat zumindest einigen von uns die Vorbereitungsarbeit für den Einstieg in das Internet gekostet. Spätestens ab Mitte Februar wird die Sozietät im Internet vertreten sein. Inhaltlich wird die Arbeit zur Pflege der Internet-Präsentation durch unser Mitglied Wolfdietrich Hartung geleitet. Für die technischen Arbeiten hat sich Klaus Steiger dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.

In fast allen Zusammenkünften hat sich der Vorstand mit Möglichkeiten und möglichen Perspektiven, Arbeitslinien und Projekten der wissenschaftlichen Tätigkeit der Sozietät bis zum Leibniz-Tag und darüber hinaus befaßt. Die Diskussion erfolgt u. a. auf der Grundlage eines Papiers der Programmkommission, die unter der Leitung von Gerhart Neuner gründlich und durchdacht gearbeitet hat,

und sie wurde wesentlich gefördert durch die Diskussion im Förderkreis der Stiftung und durch die Aktivitäten von Heinz Kautzleben. Auch die Zuwahlkommission hat der sorgsamsten Leitung von Herrn Irmscher ihre Arbeit aufgenommen, und sie wird jetzt wieder in Aktion treten. Nur im Hinblick auf die Kooperation und die Öffentlichkeitsarbeit sind wir vorerst über Reden und tastende Anfänge und Absichten kaum hinaus gekommen. Im Hinblick auf die Entwicklung unserer Kooperationen können wir nun auf Fortschritte hoffen, nachdem sich Siegfried Nowak bereit erklärt hat, sich dieser Aufgabe durch Mitarbeit im Vorstand zu widmen.

xxx

Der Vorstand hält es für angebracht, einige Bemerkungen über äußere Rahmenbedingungen unserer Arbeit zu machen. Ein knappes halbes Jahr trennt uns noch vom 300. Jahrestag der Leibnizschen Akademiegründung. Wir haben kritisch zu überlegen, was zu tun ist, damit unserer Sozietät dabei im öffentlichen Bewußtsein eine ihrer Herkunft, Entwicklung und ihrem wissenschaftlichen Vermögen gemäße Position einnimmt. Sie ist die einzige akademische Gesellschaft, welche die Kontinuität mit der Leibnizschen Akademie repräsentiert.

In Gestalt des Jubiläums steht in diesem Jahr ein Politikum allerhöchsten Ranges an, und die Obrigkeit kann sich diese Möglichkeit, sich als hauptstädtischer Kulturträger vorzustellen, unmöglich entgehen lassen. Andererseits steht sie vor argen Erklärungsnot im Hinblick auf die Geschichte der Leibnizschen Gelehrtensozietät vor allem der letzten 10 Jahre oder, sagen wir es genauer, im Hinblick auf den Kontinuitätsbruch, der von dieser Obrigkeit und den sie unterstützenden Kräften innerhalb der bundesrepublikanischen

Wissenschaftsorganisationen anfangs der 90er Jahre inszeniert wurde. Wahrscheinlich wird man alles tun, um den begangenen mehrfachen Rechtsbruch und das Würdelose und Beschämende des ganzen Aktes zu verdecken. Momentan scheint sich dafür am besten zu eignen, was sich dem öffentlichen Bewußtsein – soweit dieses über solche Dingen überhaupt reflektiert – gewissermaßen als pure Selbstverständlichkeit darstellt, in Wahrheit aber eine Doppellüge ist: a) Die Akademie der Wissenschaften der DDR ist aufgelöst, b) die BBAW ist die vormalige Preußische Akademie der Wissenschaften. So kann man – von einschlägigen Verlautbarungen der Berliner Obrigkeit ganz abgesehen – unter dem Stichwort "Akademie der Wissenschaften" im Bertelsmann-Lexikon von 1998 lesen, die Berlin-

Brandenburgische Akademie der Wissenschaften sei 1992 aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften hervorgegangen. Ähnliches kam in einigen Artikeln zum Ausdruck, die in den letzten Wochen in der FAZ zu Akademiefragen erschienen sind und auf die wir aufmerksam machen möchten.

In Wahrheit – und auf dieser bestehen wir, denn sie gehört zu den Fundamenten unserer Sozietät – ist die Akademie der Wissenschaften als Gelehrtensozietät nicht aufgelöst worden. Dafür gab es keinerlei Aktivität der Mitglieder. Eine Gelehrtensozietät kann nur durch die Mitglieder selbst oder durch ein Gesetz aufgelöst werden. Ein solches Gesetz gibt es auch nicht. Die Gelehrtensozietät besteht also rechtlich fort. Auch ihre Mitgliedschaft besteht weiter, und es ist kein einziges Mitglied ausgetreten. Die sozusagen leibhaftige und mit dem EV konform gehende Fortführung der Gelehrtensozietät ist die Leibniz-Sozietät. Die BBAW ist eine Neugründung, und die Formulierung "vormals Preußische Akademie" beruht, wie der USA-Historiker Mitchell Ash unlängst in einer wissenschaftlichen Konferenz sagte, auf einer juristischen Fiktion.

Überhaupt gibt es differierende Lesarten. Ich zitiere aus einem Büchlein von Dieter Simon "Ein Brevier", eben erschienen, das auch der Anlaß zu der FAZ-Debatte war. "Zur ... Gelehrtensozietät, die (vermutlich nicht nur) nach Horst Klinkmann ... die Trägerin eines erneuerten Akademiegedankens hätte sein können und sollen, hieß es im Einigungsvertrag (Art. 38, Abs. 2 Satz 2): *'Die Entscheidung, wie die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik fortgeführt werden soll, wird landesrechtlich getroffen.'* Eine derartige Entscheidung wurde nicht gefällt." Zu dem berühmten Brief Erhardts an die Mitglieder, in dem sich der Senator anmaßte, das Erlöschen der Mitgliedschaft auszusprechen, schreibt Simon u. a.: "Die formlose Mitteilung dieser Entscheidung stieß vor allem bei den ausländischen Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik auf nur geringes Verständnis. Die durch diese Maßnahme ... akademie-heimatlos gewordenen (ost)deutschen Gelehrten, von denen nur wenige später in die neukonstituierte Akademie gewählt wurden, organisierten sich teilweise 1993 als 'Leibniz-Sozietät' in einem privatrechtlichen Idealverein (zur Zeit rund 200 Mitglieder) zu dem sich die BBAW kollegial verhält." (S. 14/15)

Die Position des Vorstands, von der wir sicher sind, daß sie auch die Position der Mitglieder unserer Sozietät ist, wurde im Bericht des Präsidenten an den vorjährigen Leibniz-Tag, in dem Buch "1992 – Das verdrängte Jahr" von Klinkmann/Wöltge und in dem Beitrag "Wie nun weiter" (W. Eichhorn in "Sitzungsberichte" Bd. 31 zu dem Buch

Klinkmann/Wöltge) dargelegt. Wir würden alle Kollegen und Freunde unserer Sozietät bitten, sich all diese Stellungnahmen anzusehen. Übrigens wurde in dieser Positionsbestimmung weiter präzisiert, was Präsident Rapoport auf den 6 vorhergehenden Leibniz-Tagen entwickelte.

Zwei Nachträge. Der Präsident und unser Ehrenpräsident haben Herrn Zintzen, dem Vorsitzenden der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, unter Bezugnahme auf den Bertelsmann-Lexikon-Text, in der Annahme, daß der Text mit der Union abgestimmt war, ein entsprechendes Schreiben mit einigen unserer sachdienlichen Unterlagen zukommen lassen. Die Reaktion seitens der Union ist etwas eigenartig. Dazu wird Präsident Hörz in der Diskussion etwas sagen. Auch hat Herbert Wöltge sofort nach dem ersten Artikel eine Lesernotiz an die FAZ geschickt, deren Veröffentlichung in Aussicht steht.

Weiter ist nachzutragen – weil es uns als Gelehrtensozietät interessieren muß –, daß in den Artikeln der FAZ auch über eine Frage räsoniert wird, die offenbar in einem Berliner Alleingang im Sommer vorigen Jahres hochgespielt wurde: Auf welche Weise kann man in Deutschland zu einer nationalen wissenschaftsakademischen Repräsentanz kommen, wie sie die USA, Rußland, China, Japan, Frankreich, England und viele andere Länder rings um Deutschland haben. Darüber wird ja auch im Ausland seit langem geredet. Auch das ist eine hoch peinliche Frage für die Obrigkeit. Sie ist ja unter wechselnden parteipolitischen Dominanzen anfangs der 90er Jahre in Berlin gleich gegen zwei akademische Gelehrtensozietäten vorgegangen, gegen die noch sehr junge Akademie in Berlin-West und gegen die Akademie in Berlin-Ost, bei letzterer u. a. mit dem albernen Argument der föderal strukturierten Wissenschaftslandschaft. Mit beiden Korporationen hatte sich ein nationaler Anspruch verbunden, der allerdings ohnehin von den anderen Akademien nicht so recht anerkannt war. Deutschland wird offenbar, auch das zeigen die Artikel in der FAZ, auf absehbare Zeit eine nationale Akademie schon deshalb nicht haben, weil nunmehr jede deutsche Akademie mehr denn je eifersüchtelnd darauf bedacht ist, daß es keine der anderen wird, schon gar nicht die BBAW, und die Leopoldina auch nicht. Wir sollten das aufmerksam verfolgen. Position brauchen wir nur zu beziehen, wenn die historische Wahrheit wiederhergestellt werden muß und wenn dabei Fragen nach Wesen, Charakter und Aufgaben akademischer Forschung in der heutigen Zeit und in diesem Lande hervortreten, denn dazu haben wir auf Grund von Studien von Sozietätsmitgliedern und auf Grund von Erfahrungen manch Sachdienliches zu sagen, und das weist auch unser Plan 2000 aus.

xxx

Ich sprach vom 300. Jahrestag der Akademiegründung als von einem einmaligen Politikum. Das ist es natürlich auch für uns. Nur werden wir uns diesem Politikum auf spezifische Weise stellen. Vor allem durch wissenschaftliche Leistungen, durch wissenschaftliche Debatten, durch die Inangriffnahme wissenschaftlicher Projekte. Das ist unsere Basis, die es weiter zu stärken gilt und von der wir uns nicht abbringen lassen sollten.

Über das, was getan werden sollte, um den allen vorliegenden Plan 2000 auszufüllen, brauchen wir hier nicht viel Worte zu verlieren. Aber als Wissenschafts-Sozietät sollten wir über diesen Zeitraum auch hinaus denken. Dazu hat der Präsident im Bericht zum Leibniz-Tag 1999 Anregungen gegeben. Der Vorstand hat das weitergeführt. Ich muß hier noch einmal die Arbeit der Programmkommission erwähnen und auch die Impulse und Beiträge, die gerade in dieser Hinsicht vom Vorsitzenden des Kuratoriums und von Heinz Kautzleben, dem Geschäftsführer der Stiftung, ausgegangen sind. So haben sich inzwischen einige Projekte herauskristallisiert, die dem Profil und den Möglichkeiten der Sozietät weitestgehend entsprechen, die längerfristig bearbeitet und so bald wie möglich durch konzeptionelle Vorstellungen, Entwürfe, workshops usw. in Angriff genommen werden sollen. Der Vorstand hat der Stiftung einige Förderungsprojekte empfohlen, die ich hier in Kurzfassung wiedergebe: Kindheit im 20. Jahrhundert (Koordinator: Dieter Kirchhöfer); Evolutionsforschung als Rekonstruktion der Vergangenheit (Koordinator: Rolf Löther); Chinesische Philosophie in Europa (Hans Heinz Holz, Siegfried Wollgast); Perspektiven der Formationsentwicklung (Koordinator: Wolfgang Küttler). Es gibt Überlegungen zu weiteren ähnlichen Themen, die jedoch noch weiterer konzeptioneller Klärung bedürfen. Heute hat uns Ernst-Otto Reher einen interessanten Projektentwurf zur Herausbildung der allgemeinen Technologie übergeben, in dem auch Finanzierungsmöglichkeiten erwogen werden.

Eine Sozietät unseres Charakters muß sich in ihrer eigenen wissenschaftlichen Arbeit an einer kritischen Beobachtung und Bewertung der Wissenschaftsentwicklung orientieren. Daher ist es für uns lebenswichtig, die Verbindung mit der Wissenschaftsentwicklung zu festigen und unser Wissen um das, was in der Wissenschaftspolitik gedacht und gestritten wird, speziell in Berlin, zu mehren. Wir haben daher Hubert Laitko gebeten, im Februar darüber im Vorstand zu sprechen. Vielleicht sollten wir dazu interessierende Mitglieder unserer Sozietät einladen, wie überhaupt die Sitzungen des Vorstands selbstredend sozietätsoffen sind. Vielleicht möchten Mitglieder beispielsweise an der März-Beratung des Vorstands über die Zuwahlen oder im April über generelle Fragen der Entwicklung der Sozietät oder im Mai

über eine Erklärung zum 300. Jahrestag der Akademie teilnehmen.

Großer Wert dürfte künftig dem Auf- und Ausbau von Kooperationen zukommen. Nachdem der Präsident der BBAW von kollegialem Verhältnis zwischen der BBAW und der Leibniz-Sozietät gesprochen hat, stellt sich die Frage erneut, wie die bisher auch bestehenden Formen der Verbindungen, die es ja gibt und die für beide unverzichtbar sind, vertieft und erweitert werden können. Gute Beziehungen scheinen sich mit der Bundesstiftung Rosa Luxemburg anzubahnen, mit der wir Verbindung aufgenommen haben und in deren Arbeit einige Mitglieder unserer Sozietät bereits involviert sind. Auch mit der neuen Urania haben wir Verbindung aufgenommen, nachdem es seit langem Kontakte mit der Westberliner Urania gibt. Das Kolloquium über das Jahrhundert des Kindes zeigt, welche Möglichkeiten wir haben, wenn Mitglieder mit Initiative die Sache in die Hand nehmen.. Für den Herbst ist ein workshop gemeinsam mit einem Bereich der TU Karlsruhe über Erfahrungen, Konzeptionen und Ergebnisse der Wissenschafts- und Technikphilosophie in der DDR vorgesehen; Ziel ist ein gemeinsames Projekt, das der Vorstand auch als Förderungsprojekt empfohlen hat. Aber das alles sind natürlich vorerst Anfänge. Wir glauben, daß die Sozietät viel mehr Möglichkeiten dieser Art hätte.

xxx

Der Vorstand möchte nun aber die Geschäftssitzung auf einige Probleme aufmerksam machen, die sich in der Arbeit herauskristallisiert haben und die ernste Sorge bereiten. Wir sind heute eine Gelehrtenengesellschaft mit rund 200 Mitgliedern aus Ost- und Westdeutschland, aus Rußland, Polen, Tschechien, Ungarn, aus den USA, aus Österreich, Frankreich, der Schweiz, aus Italien. Wir diskutieren über neue Herausforderungen auf wissenschaftlichem Gebiet, in der Publikationsarbeit, auf dem Gebiet von Kooperationen, denen wir uns stellen müssen, wenn wir uns als Sozietät selber ernst nehmen. Aber in administrativer und finanzieller Hinsicht operieren wir sozusagen als selbstwirtschaftende und sich selbst verwaltende Minieinheit. Wir haben keine eigenen Räumlichkeiten für unsere Arbeit, sondern sind auf die verständnisvolle Unterstützung einer anderen Institution angewiesen, bei der wir uns, abgesehen von der Mitarbeit zweier unserer Mitglieder in der Stiftung der Staatsbibliothek, nur bedanken können. Wir verfügen über kein Büro, kein Sekretariat, kein Telefon, kein einziges technisches Mittel. Alle administrative Arbeit wird auf privater Basis ehrenamtlich erledigt. Das verhindert zwar, wie Mitja Rapoport in seinem Bericht auf dem ersten der von der Sozietät ausgerichtete Leibniz-Tage vermerkte, das Entstehen erstarrter bürokratischer Strukturen. Aber ganz abge-

sehen davon, daß sich dabei unvermeidlich unnötige Fehler einschleichen, was uns ja passiert ist – eine so große Gelehrtensozietät mit dieser Aktivität kann auf Dauer ohne administratives Minimum, ohne Geschäftsstelle, ohne Archiv, ohne Zeitschriften- und Bücheraustausch, ohne zumindest einen Stellplatz für uns übergebene wissenschaftliche Literatur und ohne Halbtagskraft, welche Termine und die Erfüllung von Beschlüssen überwacht, nicht leben.

Auch die Tragfähigkeit des bisherigen Finanzierungssystems ist zu "hinterfragen". Die Hoffnungen, mit der Einrichtung einer Stiftung finanzielle Mittel in größerem Umfange für die Sozietät zu erhalten, haben sich leider auch im Berichtsjahr 1999 noch nicht erfüllt, obwohl durch das Finanzamt Sozietät wie Stiftung als gemeinnützige Körperschaften anerkannt sind. Für 2 Bände der "Sitzungsberichte" konnten wir dennoch Druckkostenzuschüsse aus der Stiftung in Anspruch nehmen. Das Finanzgeschehen weist zwar – wie der Kassenbericht zeigen wird – beeindruckend die Selbstlosigkeit und Gemeinnützigkeit der Arbeit der Sozietät aus. Einnahmen wie Ausgaben überschritten im Berichtsjahr 50 tausend DM. Aber Gelehrtenvereine vergleichbarer Größe und vergleichbarer wissenschaftlicher Aktivität verfügen über Budgets von mehreren, wenn nicht vielen Millionen. Kooperationen können auch ein Mittel sein, die finanzielle Situation hin und wieder zu entspannen. Aber vor allem bieten sich zwei Wege an, erstens die Beantragung oder vielleicht auch Einforderung staatlicher Mittel. Deshalb geht heute oder morgen ein Brief ab an Frau Christa Thoben, Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin. Darin beantragen wir insgesamt 140 tausend DM. Das ist nicht viel – wie gesagt, gemessen an vergleichbaren Institutionen –, aber es würde doch der Sozietät eine andere Perspektive eröffnen. Der zweite Weg wäre die

Beschaffung von Mitteln für konkrete wissenschaftliche Projekte – etwa für das Projekt *Kindheit im 20. Jahrhundert* – bei Stiftungen und anderen möglichen Sponsoren. Aber das ist eine Arbeit, für welche die verfügbaren zeitlichen und sonstigen Mittel, die Erfahrungen, die aussagekräftigen Werbemittel und Leistungsangebote und auch die Bekanntheit unserer Sozietät erst entwickelt werden müssen. Sponsoren können am besten gewonnen werden, wenn die persönlichen Beziehungen ins Spiel gebracht werden.

Da aber liegt nach wie vor die größte Schwierigkeit unserer Arbeit. Wir sind im öffentlichen Bewußtsein nicht oder doch kaum präsent. Das können wir auch nicht beheben, indem diejenigen, die ohnehin alles machen, noch einen Brief mehr schreiben oder ein Telefonat mehr führen. Aktivitäten zur Geldbeschaffung und in public relations müssen heutzutage und in dieser Gesellschaft durch eigens auf diesen Gebieten intiativreich arbeitende Kollegen getragen werden, und daran mangelt es.

Bleibt noch zu sagen, daß sich auch die Arbeit des Vorstands wie auch derjenigen, die an seiner direkten Arbeit beteiligen, ausdehnt. Der Vorstand besteht heute längst nicht mehr aus den Kollegen, die im Statut benannt werden: Präsident, Ehrenpräsident, Vizepräsident, Schatzmeister und Klassensekretaren. Es nehmen die Stellvertreter der Klassensekretare teil, und ich kann mir ihre Mitwirkung nicht wegdenken. Von Anbeginn nehmen der Vorsitzende des Redaktionskollegiums und der Verantwortliche für die Abhandlungen teil, ebenso die Leiter von Kommissionen, der Verantwortliche für die Arbeit mit dem Internet. Von der Arbeit her ist aus dem Vorstand im Grunde ein Präsidium geworden. All das wirft eine Reihe von Fragen auf, die wir in diesem Jahr, im Zusammenhang mit der Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung, einer Klärung entgegenführen wollen.

## 4. ÜB immer Treu und Redlichkeit.

### Wie die Berliner Landesregierung 1992 mit dem Vermögen der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR umging. Von Jakob Wegelin

(aus *Junge Welt* vom 31. Januar 2000)

Manche Worte häufen sich, wenn ihre Zeit gekommen ist. Untreue ist so ein Wort. In den letzten Wochen und Monaten ist es dem Medienkonsumenten auf Schritt und Tritt begegnet, in einer ganz anderen als der gewohnten privaten Bedeutung. Wer denkt da nicht an Kohl und die Skandale der herrschende politische Klasse, an §266 Strafgesetzbuch, an Moral, an Ehrenwort und Gesetzestreue, an Loyalität zum Grundgesetz oder sogar an den alten Feudalgrundsatz: Reichsrecht bricht Landesrecht?

1990-1992 war die Zeit für das Untreue-Wort noch nicht gekommen. Aber schon damals gab es Geschichten, die dazu gut gepaßt hätten. Etwa die vom Vermögen der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften. Wir wollen sie in alter deutscher Erzähltradition hier mitteilen.

Es war einmal ein Vertrag, der hieß Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands, kurz Einigungsvertrag genannt. Er wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen und hatte demnach im wiedervereinigten Deutschland den Status von Bundesrecht. Er gilt für alle Bewohner dieses Landes, nicht nur für die Hessen, Bayern und Berliner. Darüber hinaus war er sogar noch Völkerrecht.

Der Vertrag regelte so dies und das, den Beitritt betreffend, und in seinem Artikel 38 auch, wie mit der Wissenschaft des Beitreters im vereinigten Deutschland verfahren werden sollte. Darin stand in Absatz 2, daß die Akademie der Wissenschaften der DDR als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen zu trennen sei. Wie sie fortzuführen sei, sollte landesrechtlich entschieden werden.

Das Land Berlin hatte somit durch Bundesrecht eine fürsorgliche Aufgabe übertragen bekommen. Es sollte die Gelehrtensozietät des Einigungsvertrages auf eine landesrechtliche Basis stellen. Das war – man muß es einräumen – aus Landessicht eine undankbare Pflicht, die das Bundesrecht auferlegte. Berlin stand mit seinen Wissenschaftsakademien nicht unbedingt auf bestem Fuße, hatte doch die gerade herrschende Regierungskoalition einige Tage vor Inkrafttreten des Einigungsvertrages eine Akademie per Gesetz dichtgemacht, nämlich jene, die die vorhergehende Koalition erst wenige Jahre zuvor gegründet hatte. Die Schlachtordnung damals war klar: Rot-Grün zertöpernte die von Schwarz-Gelb aufgestellte Wissenschaftsvorhut, war aber noch nicht dazu gekommen, einen eigenen Geistes-Olymp anzudenken, den Berlin nach allgemeiner Auffassung unbedingt brauchte. Als Art. 38(2)EV ihr unversehens eine Akademie zuführte, brachte das sämtliche Feinheiten der Kriegskunst durcheinander. Die Kalamität, in der die sich befehdenden Seiten schicksalhaft steckten, brachte das Oberhaupt der Opposition, der spätere Sieger der

Geschichte in Berlin, Eberhard Diepgen, auf den düsteren pathologischen Befund: „Eine demokratische Akademie wird zerschlagen, die alte SED-Akademie dagegen wird zum Ausgangspunkt für eine neue Berliner Akademie. Das ist doch schizophoren.“ (*Berliner Morgenpost*, 8. November 1990) Das also durfte nicht sein, zumal man sich in den Berliner Parlamenten schon vorher, in rascher Einigkeit zu diesem Punkt, das kollektive Ehrenwort gegeben hatte, Art. 38(2)Einigungsvertrag vom Grundsatz her mißzuverstehen und ihm nicht zu folgen und dessen Subjekt, die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften, auszuschalten (Beschlüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26.10.1990 und der Stadtverordnetenversammlung von Berlin vom 29.10.1990) In neuer taktischer Aufstellung wappnete man sich – unter Einbeziehung der frischen Kräfte aus dem Osten, dem Land Berlin durch Ehrenwort verpflichtet – zum Gefecht gegen die bundesrechtliche Zumutung.

Wie die Berliner es anstellten, dem Bundesrecht heimlich zu trotzen und dem Landesrecht die Treue zu halten, geht über unsere schlichte Erzählung hinaus. Wir schildern nur, was aus der Fürsorgepflicht des Landes gegenüber der fortzuführenden Gelehrtensozietät geworden war. Und da gab es in der Tat ganz absonderliche Wendungen. Denn als sich nach einiger Zeit die parlamentarischen und medialen Nebelschwaden gehoben hatten, sah man auf der Walstatt zwei Gebilde: eine neue, landesrechtlich verfaßte, der Koalition wie der Opposition genehme Akademie, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, BBAW, genannt wurde – und die auf dem Altar der Landespolitik zur Opferung vorgesehene, bereits arg mitgenommene und abgedehrte Gelehrtensozietät des Einigungsvertrages, die sich nunmehr Leibniz-Sozietät nannte. Und – die reiche Ausstattung der alten Gelehrtensozietät fand sich unversehens bei der neuen BBAW oder war in verschiedene Winde zerstreut.

#### Unredliche Fürsorgepaten

Bei den vom Fürsorgepaten auf so wundersame Weise dislozierten Vermögensgütern handelte es sich nun nicht um die Portoauslagen. Es war etwas mehr in der Kasse. Etwa wissenschaftliche und wissenschaftshistorische Kostbarkeiten, Stiftungen, Liegenschaften, Editionsrechte, Kunstwerke, Bibliotheksbestände und auch international geachtete wissenschaftliche Arbeitsergebnisse in Gestalt von sogenannten wissenschaftlichen Unternehmungen (Zusammengestellt nach Veröffentlichungen der BBAW und nach Angaben in dem Dokumentenband „1992 – das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992“, hrg. von Horst Klinkmann und Herbert Wöltge, Trafo Verlag Berlin 1999). Es ging zum Beispiel:

- um die Akademiebibliothek mit heute 850.000 Bänden, 1000 laufenden Zeitschriften, mit einer fast lückenlosen Sammlung der Berlin-Brandenburgischen Gelehrtensozietät seit 1700, mit mehr als 150.000 Akademieschriften und Schriften wissenschaftlicher Gesellschaften aus aller Welt;

- das Akademie-Archiv, das zu den ältesten und reichhaltigsten Wissenschaftsarchiven der Welt zählt und zu Beginn des 18. Jahrhunderts eingerichtet wurde, mit einmaligen archivalischen Quellen zur Akademie- und Wissenschaftsgeschichte, darunter Handschriften von Leibniz, mit Nachlaßschriftgut, mit 200 schriftlichen Nachlässen von Akademiemitgliedern, unter ihnen zahlreiche Nobelpreisträger, mit 240 Medaillen und Gedenkmünzen und 40.000 Fotos;

- um Liegenschaften wie die Grundstücke Jägerstraße / Taubenstraße / Markgrafenstraße am Berliner Gendarmenmarkt oder ein Teil des Grundstücks Unter den Linden 8, ausgemachte Top-Stücke, die jeden Immobiliensammler rasend und tollkühn machen würden;

- um die Sammlung von 1.800 Kunstwerken und um die wissenschaftlich-technische Sammlung von historischen Instrumenten und Geräten;

- um die über 30 wissenschaftlichen Unternehmungen, die zum Teil schon im 19. Jahrhundert begonnen wurden, etwa die „Inscriptiones Graecae“, das Grimmsche Wörterbuch, das Altägyptische Wörterbuch oder das Goethe-Wörterbuch;

- um die Vermögensrechte an 12 Stiftungen, darunter an der reich ausgestatteten Heckmann-Wentzel-Stiftung.

Was hatte der Fürsorgepflichtige, die Regierung des Landes Berlin, damit gemacht? Nun, er hatte erst einmal dafür gesorgt, daß allgemein die Annahme vorherrschte, die Gelehrtensozietät des Einigungsvertrag sei aufgelöst und von der BBAW rechtens beerbt. Alle glaubten diesen Worten, und die meisten wollten das auch so glauben, weil es dem gängigen Wertesystem entsprach - wer wollte schon so schizophoren sein wie Eberhard Diepgen so treffend befürchtet hatte. Es war auch keine Gefahr dabei. Der Senat konnte sich darauf verlassen, daß das parlamentarische kollektive Treuebekenntnis zum Bruch des Bundesrechts vollkommen mit dem gesunden Rechtsempfinden der führenden politischen und wissenschaftspolitischen Kreise in Berlin übereinstimmte. Gegen den Unrechtsstaat und seine Institutionen vorzugehen und sie zu beseitigen - das war immer rechtens und durfte nicht an kleinsten Bedenken scheitern. Eine Gelehrtensozietät mit DDR-Vergangenheit für aufgelöst zu halten, bedurfte keiner argwöhnischen Nachfrage nach der Rechtsgrundlage. Der Ethos der Republik hatte bisher nur zarte Wurzeln schlagen können im Honoratiorenkorps der früheren Frontstadt.

Wer aufgelöst ist, hat kein Vermögen mehr, es fällt dem Staat zu, in unserer Geschichte dem Land Berlin. Es kann darüber verfügen, zum Beispiel in einem Landesgesetz zum Staatsvertrag über die Neukonstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften von 1992. Dort wird in Paragraph 12 verfügt, daß die neue Akademie das Vermögen der ehemaligen Akademie der

Wissenschaften der DDR erhält, das diese als Gelehrtensozietät besaß. Allerdings, wie sich sogleich herausstellte, war nicht das ganze Vermögen gemeint. Die Liegenschaften z. B. hatte das Land schon vorsorglich an sich gebracht. Der damalige Wissenschaftssenator Erhardt, auf einer Pressekonferenz zu diesem Punkte befragt, antwortete wortkarg: Das Gebäude am Gendarmenmarkt hätte bis 1945 der Preußischen Seehandelsbank gehört, nach der Wende sei es an das Land Berlin gefallen. Einfach so. Auch die Stiftungen verloren sich anscheinend im Durcheinander der Wende, über ihren Verbleib gab es bisher keine befriedigende öffentliche Auskunft. Und der Bestand an 1800 Kunstwerken - gab es da nicht kürzlich einen Aufruh zum Thema Beutekunst: Eigentumsrecht an Kunstwerken erlischt nicht durch Besitznahme anderer? Auch Bundesdienststellen nahmen Anteil am Vermögen der Gelehrtensozietät. Bei den rund 1680 Liegenschaften der Akademie, die die Abwicklungsstelle KAI 1990/1992 veräußerte, und bei den 220 Verkaufsgenehmigungen, die sie erteilte (Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR /KAI-AdW/. Berlin 1994, S. 256), befanden sich auch Objekte aus dem Besitz der Gelehrtensozietät. Wo die Erlöse insgesamt und en detail blieben, ist so ungewiß wie etwa die Herkunft gewisser CDU-Sonderkonten in Liechtenstein.

Die Schwierigkeiten der Verteilung dieser und anderer Vermögensbestandteile, auch die zwischen Berlin und Brandenburg, und weiteren hierbei involvierten Personen und bundesweiten Wissenschaftsorganisationen berühren unsere heutige Erzählung aber nur am Rande, denn die Angelegenheit hat einen ganz anderen Haken. Er bestand darin, daß eine ordentlicher, rechtskräftiger Akt zur Auflösung der Gelehrtensozietät des Einigungsvertrag nicht zustande gekommen war. Aus welchen Gründen auch immer, ob aus senatorischer Überhebung und falscher Lagebeurteilung des Juristen Erhardt, aus Rechtsbedenken oder aus bürokratischer Schlamperei - die Gelehrtensozietät wurde nicht aufgelöst. Und wie unangenehm: Es scheint, als hätte der Senat zuletzt den Überblick verloren und wäre seiner eigenen Behauptung aufgegessen.

### Bruch des Bundesrechts

Und hier beginnt der zeitgenössische Abschnitt in unserer Erzählung. Wenn die Gelehrtensozietät aber nicht aufgelöst war, dann durfte sie nicht ohne ihr Wissen und Wollen von ihrem Vermögen getrennt werden, das ihr, obzwar vom Land bereits vereinnahmt, immer noch gehörte. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Dann wären auch alle mit dem Vermögen der Gelehrtensozietät verbundenen Handlungen zu überdenken. Somit stand die Landesregierung unter Diepgen schon die ganze Zeit etwas unglücklich auf dem falschen Bein. Er hat es heute erst recht nicht leichter, denn die Kohl-Debatten um den Untreue-Paragraphen 266 StGB, um Ehre, Amtseid, Gesetzestreue und Untreue, dürften ihm nicht entgangen sein. Muß man sich nicht fragen, ob der 266er nicht haargenau auch auf unseren



Erzählgegenstand zutrifft? Jedenfalls hat der Senat die ihm durch den Einigungsvertrag auferlegte Pflicht, die Vermögensinteressen der Gelehrtensozietät wahrzunehmen, verletzt und dieser dadurch Nachteile zugefügt. Ist das nicht auch dann eine strafbare Handlung, wenn sie durch eine rechtswidrige kollektive Verabredung gestützt wird und wenn kein Unrechtsbewußtsein vorliegt? Für die Berliner Staatsanwaltschaft böte sich hier ein reizvolles zeitgenössisches Betätigungsfeld, sie steht sicher nicht unter Landeseid, über Art.38(2)EV hinwegzusehen. Der Regierende Bürgermeister wäre vielleicht sogar Verbündeter der Gesetzeshüter, wenn man ernst nehmen würde, was er, ein Jahr nach dem Delikt, im *Tagespiegel* vom 10. Juni 1993 äußerte: „Eine staatliche Entscheidung zur Auflösung der Akademie und Neubildung mit Neuberufung aller Mitglieder wäre ein Verstoß gegen politische und freiheitliche Grundsätze und insbesondere gegen die Freiheit und Vielfalt der Berliner Kulturpolitik.“ Nun ja, es war leider keine wissenschaftspolitische Selbsterkenntnis, sondern betraf die damalige Debatte über die Akademie der Künste. Ein wenig Schizophrenie darf in der Politik wohl sein.

Es hat nicht sollen sein: Für den Senat ist kaum ein glückliches Ende unserer schönen Geschichte in Sicht. Spielverderber für ihn war die Gruppe von Mitgliedern der alten Gelehrtensozietät, die sich um das Auflösungsgerede nicht scherte und als Leibniz-Sozietät weitermachte. So wurde es nichts mit der von Amts wegen erhofften Entsorgung der Gelehrtensozietät auf dem Veteranenwege. Denn man stärkte sich mit neuen Mitgliedern, die die erhoffte biologische Endlösung der Gelehrtenfrage in immer weitere Ferne rückten. Auch im wissenschaftlichen Bereich ging es voran, wengleich die äußeren materiellen und finanziellen Bedingungen die vorhandenen Möglichkeiten stark einschränkten.

### Zeitgenössisches Dilemma

Was nun, Herr Diepgen? Was tun, Frau Thoben? Wie an das heikle Thema herangehen, da die Berliner Vorgehensvariante: „det injorieren wir jar nich“ versagt hat? Zu den offenen Rechts- und Vermögensfragen gesellt sich im Sommer das 300. Jubiläum der Leibnizschen Akademiegründung. Darauf kann eine Kulturstadt, eine Wissenschaftsstadt stolz sein. Aber

damit ist man zugleich mitten im zeitgenössischen Dilemma. Welches Gebilde soll man denn feiern? Das ist neben dem rechtlichen ein Problem für die Moral der Politik der Bundeshauptstadt. Sie hat beiden in Frage kommenden Korporationen übel getan, nachdem sie schon im Vorfeld eine weitere Akademie, die Westberliner Gründung von 1987, beerdigt hatte (vom „rot-grünen Meuchelmord“ sprach der darüber erbitterte Diepgen später). Sie hatte gesetzwidrig und treubruchig die Leibniz-Sozietät für tot erklärt, ihr Vermögen konfisziert, sie aus ihrem Haus vertrieben und sie in ihren Möglichkeiten der wissenschaftlichen Tätigkeit stranguliert. Der BBAW legte die Berliner Obrigkeit als böse Fee einige unheilvolle Gaben in die Wiege. Sie schuf mit dem Unrecht zu Art.38(2)EV den bleibenden Geburtsfehler des Neankömmlings. Sie verpflichtete ihn dekretatorisch auf die 300jährige Vergangenheit einer anderen Institution, mit der er sich fühlen mußte wie in des Kaisers neuen Kleidern, schmückte ihn mit deren wissenschaftlichen Tradition und machte ihn durch die Ausstattung mit fremdem Vermögen zum Komplizen der Untreue und zum Nutznießer des Rechtsbruchs.

Das Jubiläum wäre ein geeignetes Feld, um das urbrandenburgische „Üb' immer Treu und Redlichkeit“ neu zu zelebrieren. Warum sollte über die jüngste Zeitgeschichte des Jubilandums nicht neu nachgedacht werden? Zum Beispiel über den kulturlosen Brief von 1992, mit dem der damalige Wissenschaftssenator Erhardt die Akademiemitglieder sozusagen auf dem offenen Meer aussetzte, darunter – man glaubt es kaum – mehr als 120 Wissenschaftler aus aller Herren Länder. Man könnte auch über andere Diskriminierungen reden. Man könnte sich der obrigkeitlichen Treue- und Fürsorgepflicht erinnern und alle mit dem Vermögen der Gelehrtensozietät verbundenen Handlungen überdenken. Man könnte sich vornehmen, die wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten für die Akademie des Einigungsvertrages, die Leibniz-Sozietät, zu normalisieren. Die BBAW könnte die entwürdigende und kulturlose Behandlung der Gelehrtensozietät im Interesse einer sauberen und kulturvollen Atmosphäre in der Stadt verurteilen. Man könnte noch vor einer rechtlichen eine politische Lösung zum Wohle der Wissenschaft und der Beförderung der Humanität bevorzugen. Man könnte ein würdiges Jubiläum begehen, das die historische Wahrheit zu Wort kommen läßt - oder zumindest Zeichen dafür setzt.

### Lese-Hinweis für unsere Internet-Nutzer:

Unerledigte Aufgaben. Wie unter Vertragsbruch die DDR-Wissenschaftsakademie diskriminiert wurde.

Von Siegfried Prokop: <http://www.jungewelt.de/1999/11-04/013.shtml>

Frust und Forschung. Eine Berliner Tagung zur Geschichte der Wissenschaftsakademien. Von Günter Herold:

<http://www.jungewelt.de/1999/11-12/018.shtml>

## Historische Logik auf Seiten der Leibniz-Sozietät

Norbert H. Otts Polemik gegen die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) in Sachen Nationalakademie in seinem Beitrag „Nationale Schnellküche“ (F.A.Z.-Feuilleton vom 16. Dezember) hat Dieter Simon sich wohl selbst zuzuschreiben, er folgt hier den Wunschträumen der 1990 aufgelösten Westberliner Akademie und den Visionen des damaligen Wissenschaftssenators Erhardt. Aber nicht nur wegen seiner gesamtdeutschen Ambitionen wird das Nachwende-Kind BBAW (so Ott) in schwere See geraten als Fortsetzung einer „etwas verworrenen Tradition“ bezeichnet, die angebliche Herkunft der BBAW aus der Preußischen Akademie, wird im Jahr 2000 zur Prüfung anstehen. Dann nämlich wird die von Leibniz gegründete Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften 300 Jahre alt.

Verworren ist diese Tradition freilich nur dem, der mit den historischen Fakten nicht vertraut ist oder sie nicht akzeptieren will. Die 1700 gegründete Kurfürstlich-Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften Akademie, die dann als Preußische Akademie ins 20. Jahrhundert kam, hieß nach 1945 Deutsche Akademie der Wissenschaften und wurde 1972 in Akademie der Wissenschaften der DDR umbenannt. Ihre Gelehrtensozietät sollte nach dem Willen des Einigungsvertrages (Artikel 38, 2) ohne ihre Forschungsinstitute und Einrichtungen als Landesakademie fortgeführt werden. In Berlin aber mochte man dem Einigungsvertrag nicht folgen und gründete stattdessen eine neue Akademie, die BBAW, die die Traditionen der Preußischen aufnehmen sollte und der von der Politik Vermögen und Unternehmungen der alten DDR-Akademie in den Schoß gelegt wurden – zumindest ein Teil, den anderen Teil, etwa die Liegenschaften oder die Stiftungen, behielt das Land als Wendegewinn für sich.

Es ist mehr als nur ein Schönheitsfehler, dass es der Landespolitik nicht gelang, die alte Gelehrtensozietät rechtswirksam aufzulösen. Die damals als ungemein listig angesehene Umgehung des Einigungsvertrages in dieser Frage rächt sich womöglich jetzt beim Jubiläum. Denn die laut Einigungsvertrag fortzuführende Gelehrtensozietät hat ihre akademische Arbeit tatsächlich ohne Unterbrechung fortgesetzt, allerdings als Leibniz-Sozietät e. V. und zugegebenermaßen ohne öffentliches Aufsehen, ohne jede Förderung und ohne ihr vom Land konfisziertes Vermögen. Es hat eben nicht ausgereicht, die Mitgliedschaft in der DDR-Akademie für erloschen zu erklären und sich jeden dazugehörenden Rechtsakt zu ersparen – der allerdings offen gegen den Einigungsvertrag hätte verstoßen müssen. Ganz offensichtlich waren die politischen

Berührungängste gegenüber den in der personellen Kontinuität zur alten Preußischen Akademie stehenden Spitzenforschern der DDR stärker als die wissenschaftspolitische Vernunft und der Respekt vor dem geltenden Recht,

Das Jubiläum der Leibniz-Sozietät wirft eine Menge Fragen auf in erster Linie für die BBAW und die Landespolitik, die urplötzlich einen unliebsamen Konkurrenten als zu bejubelndes Subjekt einer dreihundertjährigen Geschichte neben sich auftauchen sehen, dessen Anspruch die historische Logik auf seiner Seite hat. Es dürfte ärgerlich werden, wenn die BBAW auf einem Alleinvertretungsanspruch beharrt, denn ihre eigenen historischen wie rechtlichen Ansprüche als Jubiläum sind mehr als schwach. Was Ott noch vorsichtig als „juristisch unklare Definitionen“ andeutet, hat der amerikanische Historiker Mitchell Ash erst vor kurzem klar und deutlich ausgesprochen: Die BBAW sei eine Neugründung, ihr historischer Bezug auf die Preußische Akademie habe eine rechtliche Fiktion als Grundlage.

Angebote der Leibniz-Sozietät an die BBAW auf Zusammenarbeit beim Jubiläum liegen vor, sie wurden jedoch bisher so behandelt, als läge die akademische Welt noch im tiefsten Kalten Krieg und müsse sich vor dem Atem des Feindes schützen. Es darf aber als sicher gelten, dass der BBAW immer mehr Felle davonschwimmen, je länger sie um das Problem herumwandert. Ein Verdrängungsschauspiel auf der Berliner Jubiläumsbühne würde manche andere Akademie in Deutschland erfreuen und die Meinung von der nationalen Unreife der BBAW bestärken. Ganz abgesehen davon: Es wäre nicht die rechte Aktion, um Respekt vor der Geschichte und der Würde der Leibniz'schen Schöpfung zu zeigen.

**Dr. Herbert Wöltge, Berlin**

**5. Leserbrief**  
**Frankfurter Allgemeine**  
**Zeitung**  
**vom 24. Januar 2000**